



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Bundesvorsitzender

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Telefon (030) 47 37 81 23
Telefax (030) 47 37 81 25
dpolg@dbb.de
www.dpolg.de

Institut für Öffentliches Recht an der
Goethe-Universität Frankfurt a. Main
Herrn Maximilian Pichl

60629 Frankfurt a. Main

Berlin, 26.10.2017

**Antwort auf den Offenen Brief an das Frankfurter Forschungszentrum
Globaler Islam und das Exzellenzcluster Normative Ordnungen**

Sehr geehrter Herr Pichl, sehr geehrte Unterzeichner*innen,

mit Erstaunen und Befremden habe ich Ihren offenen Brief zur Kenntnis genommen, der zur Absage meines geplanten Vortrags am 26. Oktober 2017 an der Goethe-Universität in Frankfurt geführt hat. Es handelt sich bei der Vortragsreihe um eine offene Veranstaltung, die eben nicht nur reinen Wissenschaftlern vorbehalten ist, sondern gerade Personen des gesellschaftlichen und politischen Lebens einlädt, um bewusst den Austausch zwischen der akademischen Lehre und Forschung sowie anderen gesellschaftlichen Akteuren zu fordern und zu fördern.

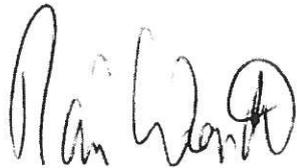
Ich finde es außerordentlich bedauerlich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich nicht mit Fakten auseinandersetzen, sondern Fake News verbreiten und damit Stimmungsmache betreiben. Es drängt sich mir der Eindruck auf, dass sie die Denkrichtung und Haltung von mir grundsätzlich ablehnen und davon ausgehen, dass die geplante Veranstaltung dieser Denkrichtung nur ein Forum hätte bieten sollen, statt eine Diskussion zu ermöglichen.

- Wenn Sie in Ihrem Brief schreiben, ich würde offensiv für die Praxis des *Racial Profiling* eintreten, so ist dies schlicht gelogen. Es gibt nicht eine einzige Aussage von mir, die dies belegt. Ich habe die Polizei insgesamt immer wieder vor dieser haltlosen Beschuldigung in Schutz genommen und werde dies auch künftig tun.
- Ihr Vorwurf mein Buch würde rassistische Denkstrukturen fördern, ist eine durch nichts belegte polemische Behauptung. Mein Buch ist von vielen tausend Menschen gelesen worden, die sich ganz sicher verbitten würden, von Ihnen in ihrem Denken beurteilt zu werden.

- Sie behaupten, es sei bekannt geworden, ich hätte Einkünfte erzielt, ohne als Polizist zu arbeiten. Hierzu hat die Staatsanwaltschaft Düsseldorf nach mehrmonatiger Ermittlung sich bereits anders geäußert. Öffentliche Vorverurteilungen auf der Grundlage von Gerüchten, das ist die Loslösung von verfassungsrechtlichen Selbstverständlichkeiten. Sie sind es, die sich mit der Verneinung der Unschuldsvermutung außerhalb unserer Verfassung bewegen.

Es wird andere Gelegenheiten geben den öffentlichen Diskurs über gesellschaftliche Fragen zu führen. Dass Sie weder Bereitschaft noch Befähigung zu diesem Diskurs erkennen lassen, ist beschämend und empörend.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Alan Wenzel". The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.